

INTELLEKTUELLE

Dem Volke dienen

Von links nach rechts: Apo-Anwalt Horst Mahler möchte eine „nationale Sammlungsbewegung“ gründen und polemisiert gegen die „Überfremdung“ der Deutschen. Von Henryk M. Broder

Faschisten sind immer nur die anderen. Sie tragen Glatzen, Bomberjacken und Springerstiefel, recken den Arm zum „Kühnen-Gruß“ und wollen „Deutschland den Deutschen“ zurückgeben. So geht es wohl, aber anders geht es auch.

Der Mann trägt gedeckte Anzüge, weiß sich zu artikulieren und achtet darauf, die Grenzen der Legalität nicht zu übertreten. Zwar hat er zehn Jahre im Gefängnis gesessen, aber das ist erstens lange her, und zweitens hatte es mit der RAF zu tun, die einerseits eine terroristische Vereinigung, andererseits aber irgendwie auch ein Haufen durchgeknallter Idealisten war.

Inzwischen ist Horst Mahler, 63, wieder als Anwalt zugelassen und auch politisch aktiv. Trotz eisiger Temperaturen demonstrierte er am Anhalter Bahnhof mit etwa 30 anderen



Demonstrant Mahler am vergangenen Montag in Berlin: „Minderheit im eigenen Land“

Volksgenossen gegen die doppelte Staatsbürgerschaft und diktierte einem Reporter am Montag vergangener Woche ins Notizbuch, die Deutschen seien in Gefahr, im Laufe „von nur 50 Jahren zu einer Minderheit in ihrem eigenen Land zu werden“.

Der ehemalige Stipendiat der Studienstiftung des deutschen Volkes, Mitglied der schlagenden Verbindung Thuringia, Juso-Funktionär, SDS-Aktivist, Fürsprecher der RAF und Anwalt der Gehetzten agiert schon eine ganze Weile wie ein DVU-Funktionär, der die Reps von rechts zu überholen versucht.

Ende 1998 hat Mahler in einem Interview zur Gründung einer „nationalen Sammlungsbewegung“ aufgerufen und dabei allerlei launische Sentenzen von sich gegeben, die um Ausländer und Juden kreisten, die Lieblingsobjekte deutscher Artenschutz. „Ich habe keinen Juden umgebracht und sehe daher auch keine persönliche Schuld.“ – „Das Fremde ist das Salz in der Suppe – aber wer mag versalzene Suppe?“ – Die Nazis waren „so erfolgreich, weil sie Dinge ansprachen, die den Menschen wichtig waren“.

Das sind der Ton, der Witz und die Logik, die jeden Deutschen als Rassisten, Fremdenhasser und NS-Sympi ausweisen würden, wenn er nicht wie Mahler eine

linke Vergangenheit hätte, auf die er sich berufen könnte: „Die nationale Frage war immer auch ein Anliegen der Linken.“

Seit kurzem macht in der Szene eine „Kanonische Erklärung zur Bewegung von 1968“ die Runde, die von Mahler und zwei weiteren Grufties der sechziger Jahre verfaßt wurde, Günter Maschke und Reinhold Oberlercher. Alle drei haben hinter ihre Namen das Kürzel „(SDS)“ gesetzt, als gäbe es den Verein noch. Der exkathedralen Überschrift folgen eine Präambel und neun „Artikel“ zur historischen Entwicklung und zur gegenwärtigen Lage der Nation.

Selten haben drei Autoren auf wenig mehr als zwei DIN-A4-Seiten soviel politischen Kitsch, emotionalen Schwulst und revolutionären Klamauk angehäuft. Leseprobe:

Die 68er Bewegung steht nicht für die Amerikanisierung der Welt, nicht für die Zerstörung der Völker und der Familien durch Kommerzialisierung von allem und jedem, nicht für die Ausbreitung von Job-Mentalität, schlechter Musik, Pornographie, Rauschgift, Kapital, Verbrechen und Kapitalverbrechen – sie steht für das Gegenteil.

Wenn es nicht Mahler mit seinen angejahrten Kohorten wäre, man könnte ver-

muten, eine linke Kelly-Familie würde sich durch eine pornographie-, rauschgift- und kapitalfreie Landschaft klampfen, um am Mahnmal für die 68er Bewegung einen Kranz niederzulegen: „Dem Wahren, Echten und Deutschen“. Denn, so heißt es im Artikel 4 des Positionspapiers: „Das deutsche '68 war der zweite deutsche Revolutionsversuch gegen die Weltherrschaft des Kapitals. Deswegen wurde es als ‚linker Faschismus‘ titulierte.“

Der erste deutsche Revolutionsversuch gegen die Weltherrschaft des Kapitals muß das deutsche '33 gewesen sein, das als „rechter Faschismus“ bekannt geworden ist.

Als Jürgen Habermas im Jahre 1967 angesichts der Umtriebe der revolutionären Linken vor der Gefahr eines „Linksfaschismus“ warnte, beging er beinahe politischen Selbstmord. Über Nacht mutierte der als Theoretiker hochgeschätzte Soziologe zum Reaktionär und Büttel des Klassenfeinds in den Augen derjenigen, die er gemeint hatte. Habermas verteidigte sich halblaut, kein Intellektueller gleichen Kalibers stellte sich vor oder hinter ihn.

Als im Herbst 1977 in einem schwedischen Verlag ein Buch mit einer Sammlung von RAF-Texten erschien, das als Nachruf auf Andreas Baader, Jan-Carl Raspe, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Holger

Meins gemeint war, regte sich die liberale deutsche Öffentlichkeit über ein Verbot des Buches in Deutschland auf und nicht über den Inhalt des 600-Seiten-Konvoluts.

Die tragischen Helden einer mißglückten Revolution hatten Selbstmord begangen und der Nachwelt ein Vermächtnis hinterlassen, das die wirkliche Identität der „Kinder von Karl Marx und Coca Cola“ enthüllte: als die Enkel von Adolf und Josef, die als linke private Initiative vollenden

den KB und den KBW bis zu DKP – empört auf und stellte sich gegen die „flagrante Verletzung der Souveränität eines Mitgliedsstaates der Vereinten Nationen“. Die „brutale Aggression Israels gegen Uganda“ wurde unisono verurteilt und Ugandas Herrscher Idi Amin der „uneingeschränkten Solidarität“ seiner deutschen Freunde versichert.

Anschließend fanden sich die Antimperialisten und Antifaschisten von der Hei-

Gedanken über Deutschland, kämpft gegen „Überfremdung“ und möchte, daß über Staatsbürgerschaftsrechte „allein das Volk“ entscheidet, „nicht die staatstragenden Parteien oder der Zentralrat der Juden“ – ein Idealist der schlimmsten Art, wie sie in der deutschen Geschichte öfter für Unheil sorgen.

Die Freunde aus dem SDS distanzieren sich von Mahler („Nationalisten waren wir nie!“) und lehnen „die Verfälschung unserer politischen Geschichte mit nationalistischen Erklärungsmustern mit aller Entschiedenheit ab“. Gretchen Dutschke, Rudis Witwe, versichert: „Rudi wäre entsetzt, wenn er das wüßte.“

Wie immer „Rudi“ heute reagieren würde – so marginal, wie es seine Ex-Weggefährten gern hätten, ist Mahler mit Sicherheit nicht. Die revolutionäre deutsche Linke der alten Bundesrepublik hat immer eine Neigung zur alternativen Deuschtümelei gehabt.

Während die einfachen Rechten „Deutschland, Deutschland über alles!“ brüllten, skandierten die sensiblen Linken bei Vietnam-Demos „USA-SA-SS“ und „USA – internationale Völkermordzentrale!“, noch bevor sie, einem gut gepflegten Mythos zufolge, die deutsche Gesellschaft zu einer Auseinandersetzung mit ihrer Nazi-Vergangenheit zwangen.

Praktizierter Antifaschismus bedeutete für die revolutionäre Linke, den US-Imperialismus zu bekämpfen, zum Boykott von McDonald's aufzurufen und gruselige Begründungen für die Ermordung von Generalbundesanwalt Siegfried Buback und Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer nachzuliefern.

Grundlage des Aktionismus war der Haß auf eine bürgerliche Demokratie, die den Deutschen von den Amerikanern aufgezwungen wurde. Der Antiamerikanismus übernahm, wie Dan Diner festgestellt hat, die Funktion, die der Antisemitismus mangels Masse nicht mehr erfüllen konnte: Irgendwer mußte für die Zerstörung deutscher Werte verantwortlich sein.

Gäbe es heute noch die DDR, würde Mahler wahrscheinlich, wie einst sein Kollege Klaus Croissant, in den Armen der ostdeutschen Staatsmacht landen. Nicht aus Liebe zum Sozialismus, sondern weil die DDR das deutschere Deutschland war, eine totalitäre Alternative zum weichgespülten Westen.

Weil es diese Option aber nicht mehr gibt, muß er sich damit begnügen, offene Briefe an Ignatz Bubis zu schreiben, („Sir, geben Sie Gedankenfreiheit!“) und kanonische Erklärungen zu verfassen, in denen die „Wiedervereinigung“ der Neuen Linken mit der Neuen Rechten vollzogen wird.

Die deutsche Linke hat nicht nur die Helden, sie hat auch die Renegaten, die sie verdient. ♦



Angeklagter Mahler (1971)*: „Die nationale Frage war auch ein Anliegen der Linken“

wollten, was als rechtes staatliches Projekt gescheitert war.

„Kämpfen, unterliegen, nochmals kämpfen, wieder unterliegen, erneut kämpfen und so weiter bis zum endgültigen Sieg ...“ las man im letzten Brief von Holger Meins, der sich auch als Wiedergänger von Horst Wessel dichtend versuchte: „Entweder Schwein oder Mensch/ Entweder überleben um jeden/ Preis oder Kampf bis zum Tod/ Entweder Problem oder Lösung/ Dazwischen gibt es nichts.“

Als Ende Juni 1976 eine Air-France-Maschine auf dem Flug von Tel Aviv nach Paris nach einer Zwischenlandung in Athen von einem gemischten arabisch-deutschen Kommando im Auftrag der PFLP nach Entebbe entführt wurde, waren es deutsche Revolutionäre, die ihren arabischen Freunden bei der Selektion der Passagiere halfen: in Juden und Arier, wozu die Araber nicht in der Lage, die jungen Deutschen dagegen aufgrund historischer Erfahrungen bestens qualifiziert waren.

Als die jüdischen Geiseln von einer israelischen Armee-Einheit befreit wurden, schrie die gesamte revolutionäre deutsche Linke – von der KPD über die KPD/ML,

matfront in allerbesten Gesellschaft wieder. Auch der „Kampfbund Deutscher Soldaten“ unter dem Neonazi Erwin Schönborn und der „Sprecher des Reichstages und der Freiheitsbewegung Deutsches Reich“, Manfred Roeder, verurteilten den „Überfall Israels“ und den „Mord von Entebbe“ und solidarisierten sich mit Idi Amin und den Entführern: „Lassen Sie uns zusammenstehen im Kampf gegen den einzigen wahren Feind aller Völker: den internationalen Zionismus! Und lassen Sie uns gemeinsam kämpfen für die Unabhängigkeit und Selbstbestimmung jedes Volkes.“

Zu dieser Zeit hatte Mahler seinen revolutionären Beitrag im Dienste des Volkes bereits geleistet. Im Sommer 1970 ließ er sich in einem PLO-Lager im Umgang mit Waffen ausbilden, kehrte dann nach Deutschland zurück, wo er verhaftet und 1974 wegen Unterstützung der RAF zu 14 Jahren Haft verurteilt wurde, von denen er 10 Jahre absitzen mußte. Seine vorzeitige Entlassung 1980 wie auch die Wiederzulassung als Anwalt im Jahre 1988 hat Mahler vor allem seinem Anwalt, dem ehemaligen Juso-Vorsitzenden Gerhard Schröder, zu verdanken.

Nun steht er da, wo er Anfang der sechziger Jahre schon mal gestanden hat, betreibt eine Wirtschaftskanzlei, macht sich

* Mit Irene Goergens, Ingrid Schubert vor dem West-Berliner Schwurgericht.